Amtsblatt für die

Stadt Osnabrück

-	0	

Osnabrück, den 30. Mai 2014

Nr. 11

Stadt Osnabriick

Bauleitplanung der Stadt Osnabrück	3
Haushaltssatzung der Stadt Osnabrück für das Haushaltsjahr 2014	3
Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Osnabrück für das Haushaltsjahr 2014	3'

Stadt Osnabrück

Bauleitplanung der Stadt Osnabrück

Der Rat der Stadt hat am 20. 5. 2014 gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen:

Bebauungsplan Nr. 592 – Triftstraße/Schwenkestraße – (beschleunigtes Verfahren)

Planbereich: zwischen Schwenkestraße, St.-Michaelis-Weg und Triftstraße

Der Bebauungsplan mit Begründung kann im Fachbereich Städtebau, Dominikanerkloster, Hasemauer 1, Zimmer 105, während der Dienststunden eingesehen werden

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3, Abs. 2 und Abs. 3 Satz 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und von Bestimmungen über das Verhältnis vom Bebauungsplan zum Flächennutzungsplan sowie Mängel der Abwägung werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Osnabrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt bei beschleunigten Verfahren entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich eind

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsentschädigungsansprüchen durch Antrag an den Entschädigungsverpflichteten (vgl. § 43 BauGB) im Falle der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile und auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt wird, wird hingewiesen.

Der Oberbürgermeister In Vertretung Frank Otte

Stadtrat

Stadt Osnabrück

Haushaltssatzung der Stadt Osnabrück für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Stadt Osnabrück in der Sitzung am 17. Dezember 2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

festgesetzt.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

1.	im Ergebnishaushalt			
	mit dem jeweiligen Gesamthet			

1.1 der ordentlichen Erträge auf 1.2 der ordentlichen	457.336.626 €
Aufwendungen auf	462.393.037 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf 1.4 der außerordentlichen	0 €
Aufwendungen auf	0 €
2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2.2 der Auszahlungen aus laufender	448.657.266 €
Verwaltungstätigkeit	444.185.139 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2.4 der Auszahlungen für	36.772.325 €
Investitionstätigkeit	51.321.150 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit 2.6 der Auszahlungen für	117.048.825 €
Finanzierungstätigkeit	108.011.100 €

Der Wirtschaftsplan der Abteilung "Klärwerk und Kanalbetrieb" für das Haushaltsjahr 2014 wird

1. im Erfolgsplan mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der Erträge auf 42.640.100 € 1.2 der Aufwendungen auf 42.640.100 €

 im Vermögensplan mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einnahmen auf 14.418.700 € 2.2 der Ausgaben auf 14.418.700 €

festgesetzt.

82

Absatz 1

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) der Kernverwaltung wird auf 14.548.825 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) des Eigenbetriebes Immobilien- und Gebäudemanagement wird auf 12.372.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) des Eigenbetriebes Osnabrücker ServiceBetrieb wird auf 863.000 € festgesetzt.

Absatz 2

Der Höchstbetrag der Kredite, die für Investitionsmaßnahmen im Rahmen einer Ausnahmegenehmigung nach § 181 NKomVG ("Konzernfinanzierung") im Jahr 2014 insgesamt aufgenommen werden dürfen, wird auf 100.000.000 € festgesetzt. Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen der Kernverwaltung wird auf 16.569.400 € festgesetzt

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Immobilien- und Gebäudemanagement wird auf 12.000.000 € festgesetzt.

8 4

Absatz 1

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2014 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen der Kernverwaltung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 160.000.000 € festgesetzt. Der hierin enthaltene Höchstbetrag für eine Aufnahme von Liquiditätskrediten in Schweizer Franken wird auf 50.000.000 CHF begrenzt. Vom Gesamtbetrag der Liquiditätskredite dürfen bis zu 1/3 mit einer Zinsbindung von längstens vier Jahren aufgenommen werden.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2014 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse des Osnabrücker ServiceBetriebes in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

Absatz 2

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Jahr 2014 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen im Rahmen einer Ausnahmegenehmigung nach § 181 NKomVG ("Konzernfinanzierung") insgesamt aufgenommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 € festgesetzt. Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

- 1. Grundsteuer
- 1.1 für die land- u. forstwirtschaftlichen
 Betriebe (Grundsteuer A)
 300 v. H.
 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)
 450 v. H.
 2. Gewerbesteuer
 425 v. H.

8 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen sind als unerheblich im Sinne des § 117 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz anzusehen, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 50.000 € nicht übersteigen.

Ferner sind als nicht erheblich anzusehen, Beträge (unbegrenzt)

- die der Verrechnung zwischen Produkten/Leistungen dienen,
- die wirtschaftlich durchlaufend sind,
- die der Rückzahlung von Zuweisungen dienen,
- die zur Deckung von Kosten der Geldbeschaffung, zur Tilgung von Darlehen oder für abschlusstechnische Buchungen notwendig sind.

Osnabrück, den 17. 12. 2013

Der Oberbürgermeister Wolfgang Griesert



Stadt Osnabrück

 Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Osnabrück für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Stadt Osnabrück am 01. 04. 2014 folgende Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen:

 \S 1 Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden im

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge festgesetzt auf
	– Euro –	– Euro –	– Euro –	– Euro –
Ergebnishaushalt				,
ordentliche Erträge ordentliche Aufwendungen	457.336.626 462.393.037	95.500 1.293.250		457.433.126 463.686.287
außerordentliche Erträge außerordentliche	0			
Aufwendungen	0			
Finanzhaushalt		K		
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	448.657.266 444.185.139	96.500 1.293.250		448.753.766
Einzahlungen für	111.100.100	1.293.230		445.478.389
Investitionstätigkeit Auszahlungen für	36.772.325	300.000		37.072.325
Investitionstätigkeit	51.321.150	10.330.000		61.651.150
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit Auszahlungen für	117.048.825	10.030.000		127.078.825
Finanzierungstätigkeit	108.011.100	584.000		108.595.100
Nachrichtlich: Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts Gesamtbetrag der Auszahlungen	602.478.416	10.426.500		612.904.916
des Finanzhaushalts	603.517.389	12.207.250		615.724.639

Anpassungen im Wirtschaftsplan der Abteilung "Klärwerk und Kanalbetrieb" ergeben sich nicht.

§ 2

Absatz 1

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) der Kernverwaltung in Höhe von $14.548.825 \in \text{wird um } 10.030.000 \in \text{erhöht und damit auf } 24.578.825 \in \text{festgesetzt.}$

Weitere Anpassungen ergeben sich nicht.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

Die Ausführungen bleiben unverändert.

Osnabrück, den 1. 4. 2014

Der Oberbürgermeister Wolfgang Griesert

Die vorstehende Haushaltssatzung und die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Osnabrück für das Haushaltsjahr 2014 wird hiermit öffenltich bekannt ge-

Die Genehmigung ist durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport am 22. 05. 2014 unter dem Aktenzeichen 32.12-10302-404 erteilt worden.

Der Haushaltsplan und der 1. Nachtragshaushaltsplan mit den entsprechenden Anlagen liegen vom 02. 06. bis einschließlich 11. 06. 2014 während der Sprechzeiten im Dienstgebäude, Hannoversche Straße 5-8, 49084 Osnabrück, Zimmer 2 E 04, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, den 30. 5. 2014

Stadt Osnabrück

Der Oberbürgermeister Wolfgang Griesert

Herausgeber: Stadt Osnabrück, Presse- und Infoamt, Postfach 4460, 49034 Osnabrück Redaktion, Druck und Verlag: Günther Seyler GmbH, Gaststraße 17, 26122 Oldenburg, Tel. (0441) 1 51 63, Fax (0441) 248 85 54, E-Mail seyler.amtsblatt@ewetel.net Bezugspreis: Vierteljährlich 5,50 Euro plus Postzeitungsdienst (36,00 Euro im Jahr) plus Mehrwertsteuer. Aufträge für Bekanntmachungen sind an die Druckerei Seyler, Gaststraße 17, 26122 Oldenburg, zu senden.

Laufender Bezug des Amtsblattes nur durch den Verlag.

Redaktionsschluss jeweils dienstags, 11.00 Uhr für den Erscheinungstag (Freitag) der gleichen Woche.